



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz zu teuren Grundnahrungsmitteln: Hartz-IV auf 600 Euro erhöhen!

26.01.2021, Hannover

Grundnahrungsmittel sind in den letzten 10 Jahren teilweise deutlich teurer geworden. Das geht aus einer Anfrage der Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann an die Bundesregierung hervor.

Das betrifft vor allem Arme, deren gesamtes Einkommen überwiegend in den Konsum zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse geht. In Zeiten von Corona ist das doppelt bedrohlich für Menschen mit wenig Geld. Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen fordert daher eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 600 Euro im Monat und eine einmalige Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro für Arme.

Klaus-Dieter Gleitze, Geschäftsführer der LAK Niedersachsen, weist darauf hin:

„Die Preise für Obst lagen im vergangenen Jahr um 39,5 Prozent höher als 2010, bei Fleischwaren betrug der Anstieg 28,7 Prozent. Die Hartz-IV-Regelsätze sind in den letzten 10 Jahren lediglich um 22 Prozent gestiegen. Reale Lohnzuwächse gab es in den letzten 20 Jahren nur in höheren Lohngruppen, so dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen und in prekären Jobs direkt von dieser überproportionalen Preissteigerung betroffen sind. Sollte die Bundesregierung aus Sorge vor einer noch stärkeren Verbreitung des Covid-19-Virus wichtige Grenzübergänge für den Warenverkehr schließen, werden Lebensmittel knapper und teurer, so dass unter Umständen eine zusätzliche Preisexplosion wie im letzten Jahr bei frischem Gemüse und Obst droht.“

Diese Situation ist in Zeiten von Corona doppelt bedrohlich, Arme können den Bedarf an gesunder Ernährung noch weniger als ohnehin decken, haben für Masken und Tests Zusatzausgaben.

Da mit einer Ausweitung der Armut als Folge von Corona durch Insolvenzen, wachsende Arbeitslosigkeit und Lohnverlusten bei Soloselbstständigen und Niedriglöhnern zu rechnen ist, muss Bundesregierung hier sofort reagieren. Grundsätzlich schreibt die willkürliche und viel zu niedrige Festsetzung der Hartz-IV-Regelsätze Armut fest und erschwert den Betroffenen nachhaltig die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Auf der einen Seite unterstützt die Politik Konzerne wie TUI, die in keiner Weise systemrelevant sind, mit Milliarden, auf der anderen Seite ist für soziale Teilhabe und nachhaltige Armutsbekämpfung kein Geld da. Dieser Politikansatz sorgt für sozialen Sprengstoff, indem er Menschen für rechtspopulistische Parolen anfällig macht.

Die LAK fordert daher als Sofortmaßnahmen:

- Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und Grundsicherung auf 600 Euro**
- Einmaliges Corona-Geld in Höhe von 1.000 Euro für Arme zur Deckung von Corona-Sonderausgaben**
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunden**
- Kostenlose Corona-Masken und Tests für Arme."**

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze, Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen – Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61